

La Gauche / Alternative Linke / La Sinistra

www.la-gauche.ch www.alternative-linke.ch www.la-sinistra.ch

Forderungskatalog

Dieser erste Forderungskatalog gibt einen Überblick über die verschiedenen politischen Forderungen und Orientierungen der Mitglieder der Alternativen Linken.

Dieser Katalog ist nicht abschliessend. Die Mitglieder können an jedem gesamtschweizerischen Jahreskongress neue Vorschläge einbringen. Im Zusammenhang mit künftigen Aktionen, der politischen Aktualität und detaillierteren Analysen von Arbeitsgruppen kann zudem jede Forderung weiterentwickelt werden.

Aus diesen Gründen ist der vorliegende Forderungskatalog nicht als abschliessendes und ausgewogenes politisches Programm zu verstehen, sondern als Ausdruck unserer reichen Meinungsvielfalt.

1) Die Alternative Linke erklärt, dass alle auf dem Staatsgebiet der Schweiz wohnenden Personen Anspruch auf eine Existenz in Menschenwürde haben und in einer solidarischen Gesellschaft ihre Grundrechte wahrnehmen können.

- Anspruch auf Staatsbürgerschaft für alle auf dem Staatsgebiet geborenen Personen (ius soli).
- Aktives und passives Wahl- und Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer nach fünf Jahren Aufenthalt in der Schweiz.
- Einführung auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene eines Wahlsystems, das eine gerechte Vertretung von Minderheiten gewährleistet.
- Demokratisches Recht auf Bildung, Stopp der Kommerzialisierung und Privatisierung der Bildung, unentgeltliche Ausbildung von der Primarschule bis zur Hochschule.
- Nationale Stipendien für Studium und Lehre, welche die Lebenshaltungskosten am Ausbildungsort berücksichtigen.
- Lohngleichheit für Frauen und Männer, Verfolgung von Amtes wegen der Betriebe, die dagegen verstossen.
- 6-monatiger Elternurlaub nach freier Wahl der Eltern.
- Finanzierung und Zugang für alle zu einer Krippe oder einer anderen Betreuungseinrichtung, entsprechend dem Alter der Kinder.
- Garantiertes Minimaleinkommen für alle Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz.
- Gesamtschweizerischer Minimallohn von Fr. 3'500.- netto (13 x pro Jahr, Stand 2010). Kompetenz der Kantone, höhere Ansätze festzusetzen.
- Ausbau der IV über eine Erhöhung der paritätischen Lohnbeiträge.

- Ausbau der AHV zur Gewährleistung einer Existenz in Würde, wie es die Verfassung gebietet, mit Monatsrenten von mindestens Fr. 3'000.- und höchstens Fr. 5'000.- (Stand 2010).

2) Die Alternative Linke strebt eine tiefgreifende Veränderung des Produktionssystems an. Sie bekämpft den ideologischen Irrglauben, wonach der Mensch sich der Wachstumslogik des Profits zu unterwerfen habe. Die Alternative Linke setzt sich dafür ein, dass Nachhaltigkeit und ökologisches Verhalten kein soziales Klassenprivileg bleibt, sondern allen offensteht.

- Ein grundsätzlicher Paradigmenwechsel muss von einer kritischen Analyse der Wachstumslogik unserer Produktionsweise ausgehen.
- Ausstieg aus der Atomkraft, sofortige Einstellung aller jeglicher Investitionen in diesem Bereich.
- Verbot gentechnisch veränderter Produkte in der Landwirtschaft.
- Ausbau des öffentlichen Verkehrs und wirkungsvolle Anreizmassnahmen auf dem ganzen Gebiet der Schweiz.
- Ökologische Bewirtschaftung durch Massnahmen zur Förderung einer regional vernetzten Landwirtschaft und nachhaltig produzierender Betriebe.
- „Klimaplan“ auf Bundesebene zur Reduktion der Treibhausgase um 40% bis 2020.
- Festsetzung der Landpreise für Sozialwohnungen auf der Basis der Preise für Landwirtschaftsland.

3) Die Alternative Linke fordert eine gerechte Verteilung der Reichtümer unseres Landes und setzt sich für den Vorrang der direkten, progressiven Besteuerung ein.

- Vorrang der direkten, progressiven Besteuerung, Verringerung der indirekten Steuern.
- Abschaffung der Pauschalsteuern in der Schweiz.
- Eidgenössische Erbschaftssteuer auf grösseren Vermögen unter Berücksichtigung der KMU-Nachfolge.
- Regulierte Bandbreite der Steuerbelastung in den Kantonen, gleiche Besteuerung für alle hohen Einkommen und grossen Vermögen.
- Besteuerung von Finanztransaktionen zur Finanzierung von Unterstützungsleistungen an Bürgerinnen und Bürger.
- Abschaffung des Bankgeheimnisses in Steuerfragen.
- Massnahmenpaket zur Bekämpfung der Überschuldung.

4) Wir streben eine solidarischere Gesellschaft an, eine Gesellschaft, wo Grundbedürfnisse und öffentliche Dienstleistungen demokratisch kontrolliert sind.

- Demokratisch kontrollierte öffentliche Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Energie, Transport, Kommunikation, Wasser, Elektrizität, Polizei.
- Unterstützung und administrative Erleichterungen für die Schaffung von Genossenschaften, namentlich in Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft und beim Wohnen.
- Demokratie in den Betrieben: Recht der Beschäftigten auf Einsicht in den Geschäftsgang und Intervention in ihrem Betrieb; demokratische Wahl der Arbeitnehmervertretungen in privaten und öffentlichen Betrieben, einschliesslich auf Leitungsebene; Anerkennung der Gewerkschaftssektion im Betrieb, Verbot der Entlassung von Gewerkschaftsvertretern ausser bei grobem Verschulden.

- Aufteilung der Arbeit durch schrittweise Verkürzung der Wochenarbeitszeit, abgestuft nach Sektoren, mit staatlichen Fördermassnahmen.
- Maximallohn, einschliesslich aller Entschädigungsanteile (Bonus, Prämien etc.), der nicht höher ist als das 12-fache des nationalen Mindestlohns.
- Verbot von wirtschaftlich bedingten Entlassungen in Betrieben, die Gewinn erzielen.
- Solidarisch finanzierte öffentliche Einheitskrankenkasse mit Versicherung der Zahnarztkosten.
- Verfassungsmässige Garantie der Gesundheit als öffentliches Gut, Einschränkung der privaten Profite in der Pharmaindustrie zugunsten der Allgemeinheit.
- Entwicklung von nicht gewinnorientierten Mikrokredit-Systemen, u.a. zum Aufbau von neuen Firmen.
- Keine öffentliche Hilfe an Betriebe ohne Kapitalbeteiligung, Recht auf Einsicht und Mitsprache der öffentlichen Hand im Umfang ihres Engagements.
- Einleitung eines Prozesses zur Abschaffung der Armee.
- Schrittweise Umstellung der Rüstungsbetriebe auf zivile Produktion, mit dem Ziel, mittelfristig die Produktion jeglicher Rüstungsgüter in der Schweiz und die Beteiligung von Firmen an der Rüstungsproduktion zu verbieten.